

## Minderheiten in der Gesellschaft

1. Minderheitenkonflikte sind soziale Beziehungskonflikte. Sie sind Ausdruck von gestörten Beziehungen zwischen Teilen eines gesellschaftlichen Ganzen, sie drücken ein konkretes Verhältnis zwischen sozial und politisch Ungleichen aus.

Der Begriff Minderheit - so alt wie die aufgezeichnete politische Sprache - legt seinen Ursprung aus dem Herrschaftsdenken selbst frei: Er postuliert ein "Anders-Sein" einer Gruppe, das zur Rechtfertigung von unterschiedlicher Behandlung, Diskriminierung, Ausgrenzung dient. Was als "andere Qualität" bezeichnet wird, ist in Wahrheit Ausdruck einer bestimmten gesellschaftlichen Stellung.

Minderheiten entstehen nicht aus sich heraus und bestehen nicht für sich allein. Sie entstehen in der Regel im Zuge mehr oder minder gewaltsamer Auseinandersetzungen zwischen Staaten (z.B. europäische Volksgruppenkonflikte im Zusammenhang mit der Herausbildung der Nationalstaaten), infolge großräumiger ökonomischer und politischer Migrationsbewegungen (z.B. "neue Minderheiten" wie Gastarbeiter oder Emigranten der zweiten und dritten Generation) oder einfach deshalb, weil unter gegebenen sozialen und kulturellen Bedingungen, die für die Integration von gesellschaftlichen Klein- oder Randgruppen dringend notwendigen Hilfestellungen unterbleiben (z.B. Problematik der Behinderten, der Alten, Erwerbs- oder Arbeitslosen etc.).

Die Schwierigkeiten bei der Lösung von "Minderheitenkonflikten" in Gesellschaften, die auf Segmentation und Diskriminierung fußen, ergeben sich zu einem großen Teil aus dem herrschenden selektiven Denken und Bewusstsein. Minderheit und Mehrheit werden dabei jeweils vom "anderen Teil" als fremd wahrgenommen, aus anderem wird "Andersartigkeit". Der Abstand zwischen beiden Teilen wird durch die Politik und im konkreten gesellschaftlichen Alltag eifersüchtig gehütet. Was dabei aus den Augen verloren wird, ist die Verantwortung aller Menschen für das Zusammenleben.

Soziale "Randgruppen", Arbeitslose, aus dem Produktionsprozess "Entlassene" erfahren diesen Verlust der Gesamtheit, die Trennung vom gesellschaftlichen Ganzen gleichermaßen wie Gastarbeiter und Wirtschaftsmigranten, die - obgleich in den Produktionsprozess eingebunden - ein soziales und kulturelles Eigenleben am Rande führen. Kinder und Alte spüren die schwindende Solidarität der "Aktiven" in einer vorrangig auf Leistungsfähigkeit ausgerichteten "Wertegemeinschaft". Periphere, strukturschwache Regionen bezahlen den Preis für wirtschaftliche und kulturelle Konzentrationsprozesse in den Zentren. Die Zwei-Drittel-Gesellschaft bringt eine Minderheit nach der anderen hervor, lässt eine gegen die andere anstürmen, leitet soziale Empörung in chauvinistische Stimmungen um. Entsolidarisierung, Ausgrenzung und Festschreibung des Konfliktes sind das Ergebnis dieser auf Herrschaftssicherung von Eliten (nicht etwa der Mehrheiten) zielenden Politik.

2. Wirtschaftlich und sozial gesehen widerspiegelt die Beziehung Mehrheit-Minderheit fast immer eine Beziehung zwischen Zentrum und Peripherie.

Die kroatische und ungarische Minderheit im Burgenland, die slowenische Minderheit in Kärnten und der Steiermark sind in strukturschwachen Rand- oder Grenzgebieten angesiedelt. Diese Grenzlage ist für viele europäische Minderheiten typisch. Die zugewanderten Minderheiten (Gastarbeiter, Flüchtlinge) kommen aus europäischen oder außereuropäischen Peripherien und werden im 'Gastland' wirtschaftlich und sozial

wiederum ausgegrenzt und an den Rand gedrängt:

- 1) Diskriminierung (Ungleichbehandlung) durch das Gesetz im Berufsleben und bei den Sozialleistungen - ganz zu schweigen von den politischen und bürgerlichen Rechten.
- 2) Abdrängung in Ausländerghettos (Wohnen, Schule).
- 3) Beschäftigung in rückständigen Branchen (z.B. Textilindustrie), saisonalen Berufen (Fremdenverkehr, Landwirtschaft) - oft als Schwarzarbeiter oder Leiharbeiter.

Die präkere wirtschaftliche und soziale Situation in diesen peripheren Bereichen ist ein idealer Nährboden für minderheitenfeindliche, rassistische und nationalistische Demagogien (scheinbares Konkurrenzverhältnis). Dem gegenüber steht als Zielvorstellung alternativen Politik die Verwirklichung von Konzepten gegen wirtschaftliche und soziale Ausgrenzung. Dies erfordert eine Entwicklung, die von den Peripherien her ein geleitet wird und darauf abzielt, die klassische Beziehung Zentrum - Peripherie in Frage zu stellen und aufzuheben. Hinter der Konfliktebene Peripherie-Zentrum verbirgt sich aber immer ein Widerspruch zwischen Herrschenden und Beherrschten. Konsequente Minderheitenpolitik richtet sich daher auf Bekämpfung von Herrschaft aus.

3. Minderheitentragen sind Grundfragen der Demokratie. Wie Gesellschaften jeweils mit ihren Minderheiten umgehen, ist ein Maßstab für deren zivilisatorische und demokratische Reife. Diese findet ihren Ausdruck im sozialen und kulturellen Alltag. Dazu zählen nicht nur die jeweiligen rechtlichen Standards (Minderheitenschutzbestimmungen). Das demokratische Selbstverständnis multikultureller Gesellschaften verlangt danach, dass die Mehrheit die Existenz bzw. die Eigenart von Minderheiten nicht nur anerkennt, sondern auch ihre Integration, ihre volle Teilnahme am Hauptstrom des gesellschaftlichen Fortschritts garantiert - bzw. fördert. In diesem Sinne kann "Autonomie" nie den Anspruch auf ein selbstbestimmtes Ghetto bedeuten, sondern den gleichzeitigen Prozess von kollektiver Emanzipation und integrativer Vergesellschaftung. Ein Gesellschaftsmodell mit solidarischem Charakter erfordert ein Konflikt- Management mit sozialem und integrativem Ansatz: Verhindert werden muss alles, was zu ökonomischer, sozialer oder sprachlich-kultureller Ausgrenzung der/des einzelnen und ganzer Gruppen führt. Getan werden muss alles, was zur Integration der beteiligten Gruppen auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage führt. Nicht die Versteinerung des "Minderheitendaseins", vielmehr die Aufhebung desselben (des Zustandes der gesellschaftlichen Marginalisierung) ist das Ziel einer befreienden, emanzipatorischen "Minderheitenpolitik". Das geht nur in gemeinsamer Verantwortung von Minderheit und Mehrheit. Aus der Tatsache, dass der Mensch ein soziales Wesen ist und nur auf Grund seiner Geselligkeit leben bzw. überleben kann, leitet sich das Menschenrecht auf Nichtaussonderung ab. Dieses Recht umfasst zweierlei: Das Leben in der Mitte der Gesellschaft und gleichzeitig die Wahrung aller Chancen, die je eigene Individualität ausbilden und entwickeln zu können. Integriert sein und Identität besitzen sind keine widersprüchlichen Anforderungen, sondern Spannungsmomente, in denen die dynamischen Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten von Gesellschaften liegen. Nur eine Gesellschaft, die sich ihrer Integrationskraft nicht sicher ist, geht den Weg aggressiver Aussonderungs- bzw. Assimilationspolitik.

4. Minderheitenfragen sind Fragen des Zusammenlebens und der Kultur. Keine ethnische oder Sprachgruppe, wie zahlenmäßig überlegen und wie leistungsstark auch immer sie sich fühlen mag, darf für sich beanspruchen, eine die anderen Kulturen überragende Kultur geschaffen zu haben. Die freie Entfaltung von kultureller (subkultureller, bikultureller etc.) Identität ist demnach als Lernmöglichkeit für alle in offenen Institutionen der Gesellschaft (Kindergärten, Schulen, Vereine, Erwachsenenbildung usw.) zu begreifen. Diese Zielperspektive schließt ein, sich gegenseitig solidarisch im Widerstand gegen jede Form struktureller Gewalt zu unterstützen, d.h. gegen isolierende Ausgrenzung, gegen Stigmatisierung, gegen kulturelle Hegemonie und Rassismus "mit einer Stimme" zu sprechen und engagiert aufzutreten. Mehrheiten sind meist taub für die Anliegen der Minderheiten, solange sie selbst nicht in Konflikt mit den Herrschenden kommen. So entsteht Solidarität, das Wissen um gemeinsame Interessen. Von da an wird das Gehör der Mehrheiten für den ständigen Appell der Minderheiten feiner, das Selbstverständnis der Mehrheiten um eine Sichtweise reicher. Von da an wächst die Neugier für die anderen, werden Beziehungen auf- und ausgebaut, lernen Mehrheiten auch mit den Augen der Minderheit zu sehen. Von da an werden Identitäten ("Mehrheit" hier - "Minderheit" dort) nicht mehr zur Abgrenzung, sondern zur Grenzüberwindung genutzt. Das Begreifen gemeinsamer Verantwortung ist die Grundlage für eine neue Kultur des Zusammenlebens. Diese entwickelt und bereichert die menschlichen und sozialen Kontakte in ethnisch gemischten, mehrsprachigen Regionen. Sie lehnt nationalistische und ethnozentrische Denk- und Politikmuster ab und folgt dem Prinzip der interethnischen, multikulturellen Kommunikation. Sie fordert für mehrsprachige Regionen eine politische und kulturelle Leitlinie, die die Strukturen für die Verbreitung von Zwei- bzw. Mehrsprachigkeit schafft bzw. verbessert. Ihr Ziel ist die allseitige Zweisprachigkeit, die Aufhebung des Minderheitenstatus der kleineren Sprache und somit die Schaffung von gesellschaftlichen, öffentlichen Bedingungen, die für das Überleben der Kultur der Minderheit unumgänglich sind.

### **Von den Einzelnen zum Ganzen**

Ethnische Minderheiten leben in den jeweiligen österreichischen Bundesländern unter verschiedenen gesellschaftspolitischen und rechtlichen Bedingungen. Während die Slowenen in Kärnten und in der Steiermark sowie die Kroaten im Burgenland im Artikel 7 des Österreichischen Staatsvertrages verfassungsrechtlich gewährleisteten Schutz genießen, bestehen für die Minderheiten der Ungarn, Tschechen und Slowaken nur unzureichende einfachgesetzliche Schutzbestimmungen. Für Roma und Sinti fehlen selbst diese. Die neuen Minderheiten sind- was ihren rechtlichen Schutz betrifft - kein Thema; Arbeitsemigranten werden im Gegenteil arbeits- und sozialrechtlich diskriminiert (Ausländerbeschäftigungsgesetz und "Sozialvergleich"). Aber selbst die verfassungsrechtlich gewährleisteten Rechte der Minderheiten werden in Österreich restriktiv ausgelegt. Eine solche Praxis steht im direkten Widerspruch zur modernen, europäischen, multikulturellen Entwicklung. Eine neue Kultur des Zusammenlebens verträgt sich nicht mit "nationalem" Bekenntniszwang und der "Gewährung" von Rechten entsprechend der zahlenmäßigen Stärke von Minderheiten. Vielmehr wird die Sprache und Kultur der Minderheit zum gesamtgesellschaftlichen Anliegen.

## Europa

Die nationalistischen Politikmuster sind zur Lösung von ethnischen Konflikten nicht geeignet. Das wurde gerade in Europa durch zwei Weltkriege verheerend bewiesen. Die gesellschaftlichen, politischen und geistigen Umwälzungen im Osten Europas haben neuerlich die Frage nach dem gleichberechtigten Zusammenleben der Völker und Kulturen gestellt. Emanzipations- und Unabhängigkeitsbewegungen dominieren das Bild. Gleichzeitig sind wir Zeugen einer Neuauflage ungezügelter Chauvinismus bzw. nationalistischer Bürgerkriege. Auch Westeuropa durchlebt (verstärkt durch die Prozesse der ökonomischen Integration) eine Neuauflage des Nationalismus. Rechtsradikale Parteien rühren schon die Trommeln für ein Europa der Nationalismen und vor allem der weißen Rasse. Der moderne Nationalismus verfolgt im regionalen wie im globalen Maßstab das Konzept einer getrennten Entwicklung der Völker bzw. Volksgruppen. Gerade der europäische Integrationsprozess stellt die Qualität der interethnischen Beziehungen auf die Probe. Wird aus diesem Prozess ein Europa einiger weniger starker Nationen hervorgehen - oder ein Europa der Regionen, Sprachen und Kulturen sowie multikultureller Vernetzung?